

# «Die Volksschule soll allen den Zugang zur Politik ermöglichen»

Béatrice Ziegler, Co-Direktorin des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA), hat am Lehrplan 21 mitgearbeitet. Obwohl für die politische Bildung kein eigenes Gefäss vorgesehen ist, gebe es für Lehrpersonen trotzdem Möglichkeiten, sagt sie im Interview.

**BILDUNG SCHWEIZ:** Frau Ziegler, ist die jetzige Generation Jugendliche wirklich so politikverdrossen, wie sie medial dargestellt wird?

**BÉATRICE ZIEGLER:** Ich glaube nicht. Vor allem denke ich nicht, dass sie politikverdrossener ist als andere Generationen von Jugendlichen. Vielmehr sind die Erwartungen an Jugendliche gestiegen. Man erwartet, dass sie aktiv sind, dass sie sich beteiligen und ihre Interessen eigenständig einbringen. Das war vor wenigen Jahrzehnten noch anders.

**Wie hat sich denn im gleichen Zeitraum die politische Bildung an der Schule verändert?**

Die politische Bildung hat sich insofern verändert, als man in Gymnasien bis in die 1970er und 1980er-Jahre noch Staatsbürgerkunde unterrichtete. Dabei handelte es sich primär um Institutionenlehre, also um Staatskunde. In den folgenden Jahren kam diese Art des Unterrichts in Verruf. Man hatte das Gefühl, das interessiere die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nicht. Auch die Lehrpersonen waren unzufrieden mit der Art des Unterrichts, der reinen Wissensvermittlung.

An Volksschulen wurde politische Bildung eigentlich nie behandelt. Man hat sich im Unterricht höchstens dem Wahl- und Abstimmungsprozess gewidmet. In diesem Sinn hat ein Wandel stattgefunden. Heute dominiert die Vorstellung, es gehe bei der politischen Bildung nicht nur um die Bürgerpflicht des Abstimmens und des Wählens, sondern um eine viel breitere Beteiligung und um das Engagement in der Gesellschaft allgemein. Dies wiederum erhöht die Erwartungen an die politische Bildung.

**Begrüssen Sie diese Entwicklung?**

Die Entwicklung hängt mit der generellen Auffassung dessen zusammen, was an Schulen überhaupt unterrichtet werden soll. Es fand ein Wandel von der reinen Wissens- zur Kompetenzvermittlung statt. In diesem Sinn ist die angesprochene Entwicklung gut. Schülerinnen und Schüler sollten lernen dürfen, wie sie mit diesem politischen Wissen umgehen und wie sie es einsetzen können, um handlungsfähig zu sein.



Béatrice Ziegler: «Wir wissen nur wenig über den Ablauf des Politisierungsprozesses.» Foto: Roger Wehrli

**Ist es überhaupt eine zentrale Aufgabe der Schule, Jugendlichen politische Kompetenzen zu vermitteln? Viele werden ja auch in Organisationen der Zivilgesellschaft politisiert.**

(Lacht) Wenn das so ist. Wir wissen nur wenig über den Ablauf des Politisierungsprozesses. Er ist schwierig zu untersuchen. Entsprechende Erhebungen fragen beispielsweise nach Engagements in Sportclubs und interpretieren das dann als Vorstufe zum politischen Engagement, was höchst zweifelhaft ist. Die Schule hat grundsätzlich die Aufgabe, Menschen zu befähigen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden und ihre eigenen Interessen und Werthaltungen in die Gesellschaft reinzutragen. Das heisst aber nicht, dass Jugendliche zu aktiver Politik gedrängt werden sollten. Sie sollten aber befähigt werden, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen.

**Organisationen wie Jugendparlamente, die Jugendliche abseits der Schule für Politik begeistern wollen, erfreuen sich derzeit grosser Beliebtheit. Sehen sie solche Angebote als Ergänzung zur politischen Bildung oder als Ersatz?**  
Ich verstehe diese Organisationen als komplementär zum Schulunterricht. Dieser

kann die Grundlagen schaffen. Ausserdem ist es positiv, wenn Schulen im Kontakt mit solchen Organisationen stehen und denjenigen Jugendlichen den Zugang vermitteln, die diesen sonst weniger finden würden. Trotzdem können solche Organisationen nicht allein die politische Bildung übernehmen. Es sind nämlich häufig die schon interessierten Jugendlichen, die den Weg zu Jugendparlamenten und ähnlichen Kanälen finden. Die Volksschule soll aber allen den Zugang zur Politik ermöglichen.

**Sie haben selbst am Lehrplan 21 bezüglich politischer Bildung mitgearbeitet. Haben Sie in diesem Sinn Ihr Ziel erreicht, können Sie hinter dem Ergebnis stehen?**

Natürlich habe ich mir gewünscht, dass politische Bildung so in den Lehrplan integriert werden kann, dass man einen Aufbau im Rahmen des Verständnisses des Fachgebiets machen kann. Das ist wegen der Struktur nicht der Fall. Es ist nicht wirklich die politische Bildung, die integriert ist, sondern zwei Themen – Demokratie und Menschenrechte.

Wenn in der Schule dann solche Themen behandelt werden, kann trotzdem viel erreicht werden. Was im Lehrplan 21 vorgesehen ist, ist aber kein umfassender

Unterricht in politischer Bildung. Und darauf kommt es letztlich an.

**Hätten Sie sich denn ein eigenes Gefäss für die politische Bildung gewünscht?**

Ja, meine Gruppe und ich haben diesen Vorschlag auch gemacht. Eine Idee war, dass man im achten und neunten Schuljahr eine Projektwoche zu diesem Thema durchführt. Daneben sehe ich aber auch, dass man politische Bildung auch im

*«Wenn die Schulstufe, auf der angehende Lehrpersonen später unterrichten, die politische Bildung nicht wirklich integriert, dann wird auch die entsprechende Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen vernachlässigt.»*

fächerübergreifenden Unterricht behandeln kann, zum Beispiel in Geschichte oder Deutsch. Das ist zwar denkbar, aber eben nur punktuell und bildet keine systematische Grundlage. Dafür wäre eben die erwähnte Projektwoche gedacht gewesen.

**Was würden Sie einer Lehrperson auf Sek-I-Stufe empfehlen, die diesen Lehrplan nun umsetzen muss? Wo gibt es Handlungsspielraum?**

Im fächerübergreifenden Unterricht gibt es diesbezüglich viel Handlungsspielraum. Die Frage ist vielmehr, ob eine Lehrerin oder ein Lehrer sich selbst einen entsprechenden Unterricht zutraut. Hier muss auch die Ausbildung greifen. Wenn die Schulstufe, auf der angehende Lehrpersonen später unterrichten, die politische Bildung nicht wirklich in den Unterricht integriert, dann wird auch die entsprechende Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen vernachlässigt.

**Wie wird das Thema denn momentan an Pädagogischen Hochschulen gehandhabt?**

Ich weiss, dass die PH Nordwestschweiz beispielsweise einen Pflichtkurs hat für Sek-I-Lehrpersonen, die Geschichte anbietet. Der Kurs heisst «Didaktik der politischen

Bildung». Da fehlt jedoch schon die inhaltliche Grundlage. Solche Wahlpflichtkurse sind also ein Tropfen auf den heissen Stein. In Luzern gibt es ausserdem Impulsstudienwochen für alle Studierenden. Im Übrigen verhält es sich bei anderen PH in etwa gleich. Zwar gibt es unterschiedliche Regelungen, der Umfang bewegt sich aber überall im gleichen Rahmen.

**Also gibt es konkret auch weiterhin Möglichkeiten, einen Block politische Bildung durchzuführen?**

Absolut. Da sind Lehrpersonen gefragt, aus ihrem Fach heraus Verbindungen zur Politik zu suchen. Im Deutschunterricht könnte man beispielsweise Textsorten aus der Politik untersuchen und im politischen Umfeld kontextualisieren.

**Was ändert sich hauptsächlich mit der Einführung des Lehrplans 21 in Bezug auf die politische Bildung?**

Mit den beiden Themen (Anm. d. Red: Demokratie und Menschenrechte) wird neu die Aufmerksamkeit auf politische Bildung in allen Kantonen gesichert. Und damit wird auch eine Legitimation geschaffen, dass diese Themen wirklich im Unterricht behandelt werden. Das ist bereits ein Fortschritt. Zweitens werden die Lehrmittelverlage darauf reagieren.

**Plant das ZDA in diesem Zusammenhang ein entsprechendes Lehrmittel?**

Ein Lehrmittel für Geschichte und politische Bildung für die Sek-I-Stufe ist in Arbeit. Der Lehrmittelverlag Zürich wird es herausgeben. Dort ist eine ganze Lernlandschaft «Politische Bildung» vorgesehen, die auch online zur Verfügung stehen wird. Ausserdem hat das ZDA ein Simulationsspiel konzipiert und durchgeführt. Vergangenen August wurde es erstmals in der Alten Kantonsschule Aarau durchgeführt. Dabei handelt es sich um einen Tag, der von Schulen gebucht werden kann. Etwa 60 bis 70 Jugendliche simulieren dann während eines Tages den eidgenössischen Gesetzgebungsprozess. Der Vorteil hierbei ist, dass Schulen das Know-how einkaufen können. Dabei werden reale Themen behandelt. Dass das Resultat bei Abstimmungen manchmal anders ausfällt, als es real der Fall war, stört überhaupt nicht.

**Wird das Simulationsspiel also auch in Zukunft angeboten?**

Ja. Wir befinden uns noch im Evaluationsprozess. Eine Dissertation wird sich dann zu diesem Projekt detailliert äussern. Das Feedback seitens der teilnehmenden Schulen war aber sehr positiv.

**Wenn Lehrpersonen politische Bildung unterrichten, geraten sie nicht selten zwischen die Fronten. Das zeigt auch der Lehrerpranger der Jungen SVP. Denken Sie, dass unter Lehrpersonen deshalb auch Berührungspunkte zur politischen Bildung bestehen?**

Ja, das wissen wir. Das sagen Lehrerinnen und Lehrer immer wieder. Man hört es nicht selten, dass Lehrpersonen sich nicht trauen, dass sie das Gefühl haben, eine politische Meinung dürfe an der Schule nicht thematisiert werden. Ich kann das gut verstehen. Hier sollte man meiner Meinung nach auch wieder bei der Ausbildung von Lehrpersonen ansetzen. Wenn solche diffusen Berührungspunkte mit politischer Bildung bestehen, sollte die PH zeigen, wie politische Bildung unterrichtet werden kann. Konkret heisst das, dass man methodisch aufzeigen muss, wie mehrere Perspektiven in der Politik dargestellt werden können oder wie die eigene Meinung in den Kontext einer umstrittenen Sachfrage gesetzt wird. So können auch andere, unterschiedliche Positionen dargestellt werden.

**Was wünschen Sie sich mit Blick auf die politische Bildung für die Zukunft?**

Ich wünsche mir eine kleine Bundeszentrale, die politische Bildung systematisch vernetzt, als Anlaufstelle für Medien, Lernende und Lehrpersonen.

**Interview: Luca Ghiselli**